

Climate Action Simulation: Entwicklungsländer



An: Die Chefunterhändlerinnen und Chefunterhändler der Entwicklungsländer
(über 100 Länder: Südostasien, die meisten Länder Mittel- und Südamerikas und Afrikas, kleine Inselstaaten und weite Teile des Nahen Ostens)

Betrifft: Vorbereitung des Klimagipfels

Willkommen zum Klimagipfel! Sie kommen hier auf Einladung der Generalsekretärin / Generalsekretärs der Vereinten Nationen mit anderen führenden Mitgliedern der einschlägigen Interessengruppen zusammen, um gemeinsam Lösungen für den Kampf gegen den Klimawandel zu erarbeiten. In ihrer / seiner Einladung hat die Generalsekretärin / der Generalsekretär daran erinnert, „dass der Klimanotstand unaufhaltsam näher rückt. Wir können den Wettlauf gegen den Klimawandel aber noch gewinnen. (...) Führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler warnen, ein Temperaturanstieg von mehr als 1,5°C werde die Ökosysteme, die unsere Lebensgrundlage bilden, massiv und irreparabel beschädigen. (...) Sie machen uns jedoch auch deutlich, dass es noch nicht zu spät ist. Wir können es noch schaffen (...) Doch dazu ist ein tiefgreifender gesamtgesellschaftlicher Wandel erforderlich. Wir müssen die Art und Weise verändern, wie wir Nahrungsmittel erzeugen, das Land nutzen, unsere Verkehrsmittel antreiben und unsere Wirtschaft mit Strom versorgen (...) Wenn wir gemeinsam handeln, lassen wir niemanden zurück.“

Ihr Ziel auf diesem Gipfel ist es, einen Plan aufzustellen, um die Erderwärmung auf unter 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten und möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Darauf haben sich die Unterzeichner des Klimaschutzübereinkommens von Paris geeinigt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Ein Anstieg der globalen Erwärmung über diese Grenze hinaus hätte katastrophale und unumkehrbare Auswirkungen, die die Gesundheit, den Wohlstand und die Existenz aller Menschen in allen Ländern bedrohen.

Ihre Gruppe vertritt die am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Die Gesamtbevölkerung Ihrer Länder mit etwa 2,9 Milliarden Einwohnern entspricht rund 38 % der Weltbevölkerung von 7,7 Milliarden Menschen und wächst rasant weiter. Auf Ihre Länder entfallen zusammen jedoch nur 16 % der globalen Wirtschaftsleistung, und das Pro-Kopf-BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist niedriger und die Armutsquote wesentlich höher als in den Industrieländern.

Ihre politischen Prioritäten werden nachfolgend erläutert. Sie können jede gangbare politische Lösung vorschlagen, aber auch Maßnahmen blockieren.

- 1. Subventionen für erneuerbare Energieträger (z. B. für Solarenergie, Windkraft, Geothermie, Wasserkraft und für Energiespeicher):** Die Branche der Erneuerbaren Energien wächst zwar rasch, ihr Anteil an der globalen Energieversorgung ist jedoch immer noch gering. Subventionen begünstigen das Wachstum dieser Branchen und schaffen Arbeitsplätze in Ihren Ländern (sofern Ihre Länder die Industrieländer im Bereich Wind-, Solar- und Batterietechnik überholen). Durch Speichertechnologien (Batterien, Wärmespeicher, Pumpspeichieranlagen) und dynamisches Lastmanagement (DLM) können fluktuierende erneuerbare Energieträger wie Windkraft und Solarenergie in das Energiesystem integriert werden und rund um die Uhr Strom liefern. Zuschüsse für erneuerbare Energien, die von den Industrieländern und den sich schnell entwickelnden Schwellenländern wie China bereitgestellt werden, würde diese Stromquellen für Ihre Länder wesentlich günstiger machen und die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.
- 2. Verringerung der Emissionen von Methan, Lachgas und anderen Treibhausgasen:** CO₂ ist das bekannteste Treibhausgas (THG), aber rund ein Viertel der Erderwärmung geht auf andere Gase zurück, bspw. Methan (CH₄), Lachgas (Distickstoffmonoxid, N₂O) und verschiedene Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und fluorierte Gase (F-Gase). Jedes einzelne Molekül vieler Nicht-CO₂-Gase wird im kommenden Jahrhundert um ein Zehn-, Hundert- oder gar Tausendfaches mehr zur Erderwärmung beitragen als CO₂. Die Konzentration dieser Gase in der Atmosphäre ist zwar noch gering, steigt aber rasch an. Ihre Emissionen gehen größtenteils auf die Industrieländer und die rasch aufstrebenden Volkswirtschaften der Schwellenländer zurück.
- 3. Eindämmung der Entwaldung:** Entwaldung verursacht derzeit rund 15 % der Treibhausgasemissionen. Ein Großteil der weltweiten Entwaldung findet in den Tropenwäldern Ihrer Länder statt, u. a. im Amazonasbecken, in Süd- und

Südostasien und Afrika. Durch den Schutz der Wälder können diese Emissionen reduziert, die biologische Vielfalt erhalten und die Wasserressourcen geschützt werden. Eine Begrenzung der Entwaldung schränkt jedoch auch die mögliche Nutzung der betreffenden Flächen für den Holzeinschlag, die Nahrungsmittelerzeugung, Bioenergie und andere wichtige Zwecke ein.

- 4. Erwägung von Aufforstungsmaßnahmen:** Aufforstung ist das Anpflanzen neuer Wälder auf baumlosen, teilweise zuvor abgeholzten oder geschädigten Flächen. Eine weiträumige Aufforstung könnte sich auf Flächen erstrecken, die als Acker- oder Weideland benötigt werden, was die Nahrungsmittelpreise nach oben treiben würde. Achten Sie auf den Flächenbedarf der Aufforstungsmaßnahmen, die Ihre Gruppe und andere Delegationen vorschlagen.
- 5. Erwägung einer Kohlesteuer:** In vielen Ländern Ihrer Gruppe werden neue Kohlegruben eröffnet und Kohlekraftwerke gebaut, obwohl Kohle der CO₂-intensivste Brennstoff ist und zudem den Großteil der Luftverschmutzung verursacht, die die Gesundheit von Millionen Menschen in Ihren Ländern beeinträchtigt. Durch die Besteuerung, Regulierung oder sogar die schrittweise Einstellung der Kohlenutzung könnten die Emissionen rapide reduziert, die gefährliche Luftverschmutzung eingedämmt und die öffentliche Gesundheit verbessert werden.
- 6. Erwägung einer CO₂-Bepreisung:** Das globale Energiesystem beruht nach wie vor überwiegend auf der Verbrennung fossiler Energieträger, das dabei ausgestoßene CO₂ ist bei weitem die größte Quelle von THG-Emissionen. Bislang werden die durch fossile Brennstoffe verursachten ökologischen und gesellschaftlichen Schäden (ihre sog. „negativen Externalitäten“) nicht im Marktpreis berücksichtigt. Schlimmer noch, viele Regierungen weltweit, auch von Ländern Ihrer Gruppe, subventionieren die Kohle-, Öl- und Gasindustrie mit 775 Milliarden bis 1 Billion USD jährlich. Ökonomen sind sich darin einig, dass eine Bepreisung von CO₂-Emissionen am ehesten zur Senkung des weltweiten THG-Ausstoßes führen wird. Erwägen Sie, eine weltweite CO₂-Bepreisung zu unterstützen, die ggf. schrittweise eingeführt wird, um Zeit zur Anpassung zu lassen.

Die Einnahmen könnten an die Bevölkerung ausgeschüttet werden oder andere Maßnahmen finanzieren. Zwar wurden in einigen Ländern CO₂-Preise bereits eingeführt, allerdings liegen diese deutlich unter dem von zahlreichen Ökonomen empfohlenen Mindestpreis von 30-50 USD je Tonne CO₂. Allerdings dürfen Sie auch nicht zu sehr aufs Tempo drücken, denn die mittleren Einkommensschichten in Ihren Ländern wollen sich die Produkte und Dienstleistungen leisten können, die für die Einwohner der Industrieländer längst selbstverständlich sind (Autos, Klimaanlage, Flugreisen usw.), während die armen Bevölkerungsschichten in Ihren Ländern eine sichere Energieversorgung, sauberes Wasser, eine angemessene Ernährung und Gesundheitsversorgung, menschenwürdige Unterkünfte und die Erfüllung anderer menschlicher Grundbedürfnisse anstreben. Diese Menschen bekämen steigende Energiekosten akut zu spüren.

Weitere Überlegungen: Viele Menschen in Ihren Ländern haben keinen Zugang zu Strom oder zu verlässlicher, erschwinglicher Energieversorgung. Nur rund 24 % des heutigen globalen THG-Ausstoßes geht auf Ihre Länder zurück, und die Emissionen pro Person sind wesentlich niedriger als in den Industrieländern oder China. Die Nutzung fossiler Brennstoffe nimmt in Ihren Ländern mit dem weiteren Wachstum Ihrer Volkswirtschaften jedoch rasch zu. Ein Großteil der kumulativen THG-Emissionen, die zur Klimakrise geführt haben, geht auf das Konto der Industrieländer, während die Menschen in Ihren Ländern am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden und am wenigsten in der Lage sind, sich an dessen Folgen anzupassen. Ihre Gruppe ist der Ansicht, dass die Industrieländer moralisch verpflichtet sind, ihre Emissionen zu reduzieren. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht die wirtschaftliche Entwicklung Ihrer Länder beeinträchtigen und es Ihnen erschweren wird, Nahrungsmittel, Arbeitsplätze, Bildung und Gesundheitsversorgung für ihre Bevölkerung bereitzustellen und andere Grundbedürfnisse zu decken, die für die Menschen in den Industrieländern selbstverständlich sind.

Gleichzeitig werden der Wohlstand, die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung Ihrer Länder durch den Klimawandel ernsthaft gefährdet. Die durch fossile Brennstoffe hervorgerufene Luftverschmutzung verursacht in Ihren Ländern jedes Jahr millionenfach vorzeitige Todesfälle. Der Meeresspiegelanstieg, Extremwetterereignisse, Dürren, rückläufige Ernteerträge und andere schädliche Auswirkungen des Klimawandels führen zu einer Zunahme von Konflikten und Migration, was die Legitimität der Regierungen Ihrer Länder untergräbt und kleine Inselstaaten in ihrer Existenz bedroht. Ihre Länder haben die Möglichkeit, das fossil basierte Energiesystem zu überspringen und direkt zu einem sauberen, effizienten und auf erneuerbaren Quellen beruhenden Energiesystem überzugehen, ebenso wie viele Ihrer Länder die Festnetztelefonleitungen übersprungen haben und direkt beim Mobilfunk angekommen sind. Energieeffizienz und Erneuerbare Energien wie Windkraft und Solarenergie sind häufig rentabel, schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Möglichkeiten und kommen der öffentlichen Gesundheit zugute.